



An das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,  
Umwelt und Wasserwirtschaft  
Stubenbastei 5  
1010 Wien

Per e-mail an: [abteilung.62@lebensministerium.at](mailto:abteilung.62@lebensministerium.at)

Cc: [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

Wien, 04. November 2010

Betrifft: Stellungnahme von ÖKOBÜRO, Greenpeace CEE, GLOBAL 2000 und Justice and Environment zur Novelle des ALSAG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zum Novellierungsentwurf des Altlastensanierungsgesetzes (ALSAG) Stellung nehmen zu können. Im Folgenden finden Sie die diesbezüglichen Anmerkungen, welche von ÖKOBÜRO, Greenpeace CEE, GLOBAL 2000 und Justice and Environment eingebracht werden.

## I. Positive Anmerkungen

Wir begrüßen die geplante Novellierung des ALSAG im Hinblick auf die Verwaltungsvereinfachung und Kosteneinsparungen, welche durch die Möglichkeit einer Beitragsanmeldung auf elektronischem Wege geschaffen wird. Auch der Wertsicherung der Altlastenbeiträge stehen wir positiv gegenüber.

## II. kritische Anmerkungen

Die vorgeschlagene Einschränkung der Zweckbindung der Einnahmen aus dem Altlastenbeitrag, um diese als Beitrag zur Budgetkonsolidierung zu verwenden, lehnen wir strikt ab. Hier sollen Mittel zur Sanierung des teilweise unmittelbar umwelt- und gesundheitsgefährdenden Altlastenbestandes zum Stopfen von Budgetlöchern zweckentfremdet werden. Bei sinkenden Einnahmen aus den Altlastenbeiträgen werden nun zusätzlich Mittel aus dem Bereich der Altlastensanierung abgezogen. Dies obwohl die Sanierung des Altlastenbestandes gemäß dem Altlastenatlas des Umweltbundesamtes ([www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/altlasten/altlasteninfo/](http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/altlasten/altlasteninfo/)) noch lange nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Besonders problematisch erscheint neben der Höhe der Beträge, welche in das allgemeine Budget wandern sollen, insbesondere auch die Tatsache, dass diese in absoluten Zahlen festgelegt sind. Das bedeutet zusätzlichen Druck auf die schrumpfenden Mittel für die Altlastensanierung.

Tritt die Novelle in der vorgeschlagenen Form in Kraft, wird sich die vollständige Sanierung der Altlasten in Österreich um mehrere Jahrzehnte hinauszögern. Es kann derzeit nur spekuliert werden, welche Umwelt- und Gesundheitsschäden (man denke insbesondere an Grundwasser- und Gewässerverunreinigung) und welche damit verbundenen Kosten dieses langsamere Vorgehen nach sich ziehen könnte.

Die Umweltorganisationen ÖKOBÜRO, Greenpeace CEE, GLOBAL 2000 und Justice and Environment fordern daher, die Zweckbindung des Altlastenbeitrags zur Altlastensanierung beizubehalten.

Mit freundlichen Grüßen,

DI Markus Piringer

Für die Umweltorganisationen

- ÖKOBÜRO
- Greenpeace CEE
- GLOBAL 2000
- Justice&Environment